

Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhofs 3606-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellschild

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] . Nr 155

Berlin

SONNABEND, 1. APRIL 1933

Verantwortlich für den Gesamteinhalt: Dr. Gerhard Thimm, Berlin. Anzeigen-Preise: zum-Zelle 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: zum-Zelle 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

MORGEN-AUSGABE

Boykott zunächst nur heute

Aussetzung bis Mittwoch — Eine Frist für die Einstellung der Greuel-Propaganda

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, gab gestern vor Vertretern der Presse die Erklärung ab, daß der Boykott der jüdischen Geschäfte zunächst nur heute durchgeführt wird. Er wird dann ausgesetzt bis Mittwoch vormittag 10 Uhr. Falls bis dahin die Greuelhefte absolut eingestellt sind, erklärt sich die R.S.D.A.P. bereit, den normalen Zustand wiederherzustellen. Andernfalls wird der Boykott Mittwoch 10 Uhr erneut einberufen.

Im Einzelnen erklärte Minister Dr. Goebbels: „Die Reichsregierung hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß die Greuelhefte im Auslande im Abflauen begriffen sind. Sie sieht darin einen Erfolg der Boykottandrohung, die die nationalsozialistische Bewegung in den vergangenen Tagen gemacht hat. Sie sieht aber auch weiterhin darin, daß das vereinigte Judentum in Deutschland die Möglichkeit hat, diese Greuelhefte absolut einzuklinken und einzustellen. Sie ist der Überzeugung, daß die Greuelhefte ihren Höhepunkt überschritten hat. Die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat im Hinblick auf diese Tatsachen folgenden Bescheid:

Unter diesen Umständen wird der Boykott am morgigen Tage mit voller Wucht und eiserner Disziplin durchgeführt. Er beginnt, wie mitgeteilt, um 10 Uhr, und endet am morgigen Abend eine Pause. Er wird ausgesetzt bis zum Mittwoch vormittag um 10 Uhr. Falls bis Mittwoch vormittag um 10 Uhr die Greuelhefte im Ausland absolut eingestellt sind, erklärt sich die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei bereit, den Normalzustand wiederherzustellen. Falls das aber nicht der Fall ist, wird der Boykott am Mittwoch um 10 Uhr aufs

Neue einsehen, dann allerdings mit einer Wucht und Befestigung, die bis dahin noch nicht dagewesen ist, und zwar bis sich die Dringlichkeit der ausländischen Greuelhefte eines Besseren besonnen haben.

Grundsätzlich erwartet die Reichsregierung von der Durchführung des Boykotts am morgigen Tag folgendes:

Der Boykott wird von den angeschlossenen Organisationen mit eiserner Disziplin durchgeführt und ohne Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Niemand wird bei diesem Boykott tätlich bedroht. Die Organisationen, die den Boykott durchführen, haben dafür die Verantwortung zu übernehmen, daß durch den Boykott kein Ungehöriges getroffen wird. Es werden keine Banken geschlossen, weil sonst der Zahlungsverkehr ins Stocken käme.

Es wird von der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und ihrer Parteileitung erwartet, daß kein S.A.-Mann, kein S.S.-Mann und kein Boykottposten überhaupt ein Geschäft betritt. Jede Täuschung wird auf das strengste geahndet.

Es wird erwartet, daß die Presse eine Warnung vor allen kommunistischen Spitzeln und Provokatoren erteilt. Solche sind, wenn sie zu Täuschungen oder Gefährdungen auffordern, sofort der Polizei zu übergeben. Sie werden dann nach den jetzt bestehenden strengen Gesetzen bestraft.

*

Ueber die Durchführung des Boykotts sind gestern im Kabinett die Briefe gefallen. Der Kern der materiellen Entscheidung liegt so aus, daß der Boykott von den späten Morgenstunden des Sonnabends bis in den Abend hinein dauern soll. Es findet dann zunächst eine Unterbrechung des Boykotts bis Mittwoch statt. Die weiteren Maßnahmen

hängen davon ab, wie die Propaganda des Auslandes sich entwickeln wird. Unter Umständen wird der Boykott verhängt. Eine objektive Betrachtung über die Entwicklung, die die Aktion genommen hat, wird zunächst festzustellen haben, daß durch die heutige Entschloßtheit des Reichskabinetts eine wertvolle Entspannung der Lage erzielt worden ist.

Zunächst kommt der Charakter der Bewegung als eine Abwehrbewegung aus in den heutigen Beschlüssen zum vollen Ausdruck. Die Entscheidungen des gestrigen Tages sollten ja von den Nachrichtern abhängig gemacht werden, die aus dem Ausland kamen. Diese Nachrichten lauten, wie aus den offiziellen Kommunikationen geschlossen werden muß,

Das Gleichschaltungsgesetz

Auf der dritten Seite dieses Blattes veröffentlichen wir das heute verkündete, von der Reichsregierung beschlossene Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich. Dieses Gesetz stellt einen wesentlichen Schritt auf dem Wege zur Reichsreform dar, für die es die Voraussetzung schafft. Auf den Inhalt wird noch ausführlich eingegangen sein.

relativ günstig, denn es heißt in ihm, daß die Greuelhefte im Abflauen begriffen sind. Dem hat man in der Konstitution Rechnung getragen, dem Boykott nunmehr gegeben worden ist. Dabei bleibt allerdings die Boykott-Drohung bestehen. Aber soweit, wie die Dinge nun einmal getrieben waren, wird man zugeben müssen, daß die Entscheidung der Reichsregierung alle gegebenen Verhältnisse sorgfältig berücksichtigt.

Die Gesetze des Reichsanlagers selber und seine Stellung zur Außenfrage sind bekannt. Aber auch diesmal ist, wie bei früheren Gelegenheiten, festzustellen, daß der Staatsmann hinter den Parteiführer hinter sich aufnimmt, aber doch über ihn aus hinauswacht.

In den Erklärungen, die Dr. Goebbels am Freitag abend vor der Presse abgegeben hat, heißt es, daß die Reichsregierung in der Richtung der Boykottandrohung den Beweis dafür sieht, daß das Judentum in Deutschland die Möglichkeit besitzt, diese ausländischen Greuelhefte einzuklinken und abzustellen. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß die Reichsregierung gegen die deutschen Juden nicht etwa den Vorwurf erhebt, die Urheber der Greuelhefte zu sein. Das ist wohl auch selbstverständlich, und um wiegen ist sein Fall bekannt geworden, in dem Greuelwärdern von deutschen Juden propagiert. Es ist ferner zweifellos, daß die jüdischen Erklärungen und mittelbaren und unmittelbaren Einwirkungen deutscher Juden auf das Ausland weitgehend ganz beirrt haben, die Hege zu mildern. Aber eines kann das deutsche Judentum nicht verhindern: es kann nicht die planmäßige Hege der von prinzipiell feindlich eingestellten politischen Propaganda, der französischen sowohl wie der polnischen, unmöglich machen. Ein Beispiel: das Greuelwärdern über den angeblich gescheiterten Tod des Herrn Louis Ulstein, der die sofortige weltumspannende Intervention des Hauses Ulstein im Garaus machte und die Wirkungen dieser Hege auf ein Minimum reduzierte, die Erklärung der Reichsregierung selber aber nicht unmöglich machen konnte.

Die Befehle, mit denen die Reichsregierung den Boykott begleitet, sind außerordentlich strenger Art. Sie fordern eiserne Disziplin und Vermeidung jeder Gefährdung, wofür die Organisationen, die sie durchführen, die Verantwortung zu übernehmen haben.

Wenn die Reichsregierung weiter erwartet, daß die Presse eine Warnung erteilt vor allen kommunistischen Spitzeln und Provokatoren, so wird die Presse damit an eine Pflicht erinnert, die sie sich selber hätte auferlegen müssen und zweifellos auch ohne Mahnung auferlegt hätte. Es ist eine für die selbstverständliche Pflicht, ihre Leser aufzufordern, mo immer sie Provokateure an der Arbeit finden, die zu Täuschungen und Gefährdungen auffordern, diese unverzüglich zur Anzeige bei den zuständigen Behörden zu bringen, resp. sie der Polizei zu übergeben. Es handelt sich da um ein zentralisiertes und übergeordnetes Verbot, das zu den allerersten Aufgaben gehört, die die Presse zu erfüllen hat.

Der erste Abschnitt einer schweren und gefährlichen innenpolitischen und außenpolitischen Entwicklung ist mit der heutigen Entscheidung des Reichskabinetts erreicht. Daran, daß die weiteren Abschnitte zur Konsolidierung der Verhältnisse im Inlande und zur immer stärkeren Stellung des Reiches in der Welt beitragen, braucht man nicht zu zweifeln. Und

Amerika-Telegramm der Reichskanzlei

Ueber die Aktion der nationalsozialistischen Partei

Die Vereinigten Deutschen Gesellschaften von New York hatten dem Reichsanlager gestern telegraphisch mitgeteilt, daß sie in Gemeinschaft mit deutschen Juden kürzlich Einspruch gegen die amerikanische Deutschenhefte erhoben haben, und um eine Erklärung über die künftige rechtliche, politische und wirtschaftliche Stellung der Juden in Deutschland geben, da persönliche Antwort für das Judentum in Amerika von größter Bedeutung ist. Darauf ist vom Staatssekretär in der Reichskanzlei folgende Antwort ergangen:

„Reichsanlager dankt für Ihre Mitteilung im Kampf gegen jüdische Hege. Deutsche Juden werden wie alle anderen Staatsangehörigen gemäß ihrer Einstellung zur nationalen Regierung behandelt werden. Abwanderung nationalsozialistischer Partei durch Verhalten deutscher Juden im Ausland herausgefordert.“

Eine Fülle von Einzelmeldungen liegt über die umfassende Volksbewegung vor, die in Rundgebungen und Telegrammen hin auf das Ausland wendet, um dort aufklärend zu wirken.

So hat der Vorstand der Technischen Hilfswache an die befreundeten ausländischen Hilfsorganisationen geschrieben. Die Kampfsache hat an ihre rund 1000 ausländischen Vertreterinnen einen aufrufenden Brief in deutscher und in der jeweiligen Landessprache geschickt. Der Vorstand und das Nationalsozialistische der jüdischen Gemeinde zu Berlin haben dem Reichsminister von Paris telegraphisch, von Greuelwärdern, Worten und Willkürungen in Deutschland könne nicht die Rede sein. Der Vorstand der Mannheimer Produktionskörpers hat an die entsprechenden Gremien von London und Rotterdam Aufklärungs-Telegramme geschickt.

Der Verein für das Deutschtum im Ausland hat seine Heide, die in der ganzen Welt lebenden Vertrauenspersonen, zur künftigen Verbreitung der Wahrheit aufgefordert. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat alle seine Verbände und Firmen aufgefordert,

an der Aufklärungsarbeit teilzunehmen. — Der Allgemeine Deutsche Automobilklub hat sich an sämtliche Automobilclubs usw. des Auslands gewandt. Jedes A.D.A.K.-Mitglied, das eine Grenzkarte bekommt, soll beim Besuch fremder Länder an der Aufklärung mitwirken. — Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegesbeschädigten hat in Wien und Genf telegraphisch gegen die antideutsche Propaganda protestiert. — Die deutschen Werke Schering-Kellogg in A.G. Berlin haben ihre Betretungen und ihre Geschäftsführung im Ausland aufklärt und um Mitwirkung ersucht.

Bei einer Sitzung der Internationalen Handelskammer in Paris hat der deutsche Vertreter Gelegenheit genommen, der Greuelpropaganda entgegen zu treten; er hat die Teilnehmer gebeten, auch ihrerseits in ihren Ländern aus zu tun, um die Weiterverbreitung solcher Nachrichten zu unterbinden.

Der Reichsanführer im Mundfunk

Der Deutsche Mundfunk übertrug auf alle Sender am Donnerstag, 6. April, abends um 8.15 Uhr, aus dem großen Saal des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda den politischen Empfangsabend des Berliner Verbandes der auswärtigen Presse. Programm: Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Dr. Eym, Ansprache des Reichsministers Dr. Goebbels, Rede des Reichsanführers Adolf Hitler, Schlußansprache des Kommerzienrats Dr. Krumpholtz.

Um irgendwelchen Zweideutigkeiten vorzubeugen, gibt die R.S.D.A. aus Groß-Berlin, noch einmal bekannt, daß sämtliche Getreide, wie Weizen usw., nicht unter die Boykott-Anordnung der R.S.D.A. vom 31. März fallen.

Die gleiche Anordnung gilt für alle lebenswichtigen Betriebe.



20 219 1622